

Vergleich der Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2017: Arbeit (Mitbestimmung, flexibles Arbeiten, Vereinbarkeit von Beruf und Familie)

	CDU/CSU	SPD	DIE LINKE	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	AfD
Aussagen zur betrieblichen Mitbestimmung (ULA-Position: bestehende Mitbestimmung hat sich bewährt und sollte nicht eingeschränkt werden. Ansonsten kein grundlegender Reformbedarf, Optimierungsbedarf besteht in Teilfragen z.B. beim Wahlverfahren)	<ul style="list-style-type: none"> Keine Aussagen über konkrete Änderungsabsichten Flexibilität, Spielräume und Experimentierräume für Unternehmen erhöhen, entweder durch Tarifvertrag oder Vereinbarungen mit dem Betriebsrat 	<ul style="list-style-type: none"> Rechte von Betriebsräten bei der Einführung von IT-Systemen stärken Initiativrecht für Betriebsräte auf die Einführung betrieblicher Berufsbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen 	<ul style="list-style-type: none"> „Weiße Flecken“ beseitigen, Wahlen von Betriebsräten erleichtern 24 Monate Kündigungsschutz für alle Organe ab Wahlbewerbung Mehr freigestellte Betriebsräte Schärfere Sanktionen bei Behinderung der Betriebsratsarbeit Verpflichtung der Betriebsräte auf den Betriebsfrieden abschaffen. 	<ul style="list-style-type: none"> Betriebsräte besser schützen, Mitbestimmungsrechte ausbauen (vgl. u.a. „Vereinbarkeit“) 	<ul style="list-style-type: none"> Keine Aussagen 	<ul style="list-style-type: none"> Keine Aussagen
Aussagen zur Unternehmensmitbestimmung (ULA-Position: bestehende Mitbestimmung erhalten, Position der leitenden Angestellten wahren und bei Europäischen Aktiengesellschaften (SE) verbessern. Mitbestimmungsvermeidung durch gezielte Nutzung ausländischer Rechtsformen erschweren. ULA offen für Nachverhandlungen	<ul style="list-style-type: none"> Keine Aussagen 	<ul style="list-style-type: none"> Schwellenwert für paritätische Mitbestimmung von 2.000 auf 1.000 absenken Erstreckung auch auf Unternehmen mit ausländischer Rechtsform Schlupflöcher schließen, Nachverhandlungen in Europäischen Aktiengesellschaften, die über Schwellenwerte des Mitbestimmungsrechts hinauswachsen 	<ul style="list-style-type: none"> Umgehungsmöglichkeiten durch Wahl internationaler Rechtsformen verhindern (Anwendung auf alle inländischen Niederlassungen) Echte Paritätische Mitbestimmung in Unternehmen > 100 Beschäftigten Alle wesentlichen Entscheidungen zustimmungspflichtig im Aufsichtsrat machen Belegschaftsabstimmungen in Fragen mit 	<ul style="list-style-type: none"> Schwellenwert für paritätische Mitbestimmung von 2.000 auf 1.000 absenken 	<ul style="list-style-type: none"> Keine Aussagen 	<ul style="list-style-type: none"> Keine Aussagen

Vergleich der Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2017: Arbeit (Mitbestimmung, flexibles Arbeiten, Vereinbarkeit von Beruf und Familie)

	CDU/CSU	SPD	DIE LINKE	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	AfD
bei Europäischen Aktiengesellschaften, die mitbestimmungsrechtliche Schwellenwerte hinauswachsen.			„erheblicher Bedeutung“ für Belegschaften			
Aussagen zu sonstigen Mitbestimmungsfragen (ULA-Position: keine, Konzentration auf Fragen des BetrVG, SprAuG, DrittelparteiengesetzG, MitbestG, SEBG)	<ul style="list-style-type: none"> Keine Aussagen 	<ul style="list-style-type: none"> Öffentlichen Dienst weiter modernisieren; Mitbestimmungsrechte von Personalräten ausbauen und modernisieren 	<ul style="list-style-type: none"> Demokratische Mitbestimmung stärken, Überführung von Banken, Versicherungen, Daseinsvorsorge, Post und Telekommunikation in öffentliches Eigentum Mitbestimmungsrechte für Beschäftigte öffentlicher Arbeitgeber ausbauen Streikrechte und Betriebliche Mitbestimmung auch für kirchliche Beschäftigte 	<ul style="list-style-type: none"> Rechte von Mitarbeitern kirchlicher Träger stärken, Ausnahmeregelungen beschränken (<i>Mitbestimmung, Streikrecht nicht explizit genannt</i>) 	<ul style="list-style-type: none"> Keine Aussagen 	<ul style="list-style-type: none"> Keine Aussagen
Aussagen zum Thema Arbeitszeit ULA-Position: ULA offen für flexiblere Regeln bei der werktäglichen Arbeitszeit (Ziel: mehr Handlungsspielräume für Arbeitnehmer)	<ul style="list-style-type: none"> Arbeitszeitrecht flexibilisieren: zusätzliche Spielräume durch Tarifverträge Anspruch auf befristete Teilzeit und Rückkehrrecht in Vollzeit (in 	<ul style="list-style-type: none"> Wahlarbeitszeitgesetz: Abweichung vom Arbeitszeitgesetz durch Tarifverträge zulassen Dadurch auch: familienfreundliche Arbeitszeitmodelle erleichtern 	<ul style="list-style-type: none"> Mehr Zeitautonomie statt Arbeitszeitflexibilität, die sich nur an betrieblichen Erfordernissen orientiert Gesetzliche Wochenarbeitszeit 	<ul style="list-style-type: none"> Mehr Zeitsouveränität für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie Dafür: Flexible Vollarbeitszeit mit variablem Korridor zwischen 30 und 40 	<ul style="list-style-type: none"> Aufhebung der werktäglichen Höchstarbeitszeit von acht bzw. 10 Stunden Aufhebung der Mindestruhezeit von 11 Stunden (Ausnahme: 	<ul style="list-style-type: none"> Keine Aussagen

Vergleich der Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2017: Arbeit (Mitbestimmung, flexibles Arbeiten, Vereinbarkeit von Beruf und Familie)

	CDU/CSU	SPD	DIE LINKE	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	AfD
erhöht, bessere Vereinbarkeit) ULA offen für Rückkehrrecht aus Teilzeit (vorübergehende Arbeitszeitreduzierung) in größeren Unternehmen mit angemessenen Antragsfristen	Absprache mit den Sozialpartnern)	<ul style="list-style-type: none"> • Wahlmöglichkeit bei Arbeitszeit (und Arbeitsort) soweit dem betrieblichen Belange nicht entgegenstehen. • Anspruch auf <i>befristete</i> Teilzeit mit Rückkehrrecht in Vollzeit schaffen. • Langzeitkonten attraktiver machen, betriebsübergreifende Organisation dieser Konten prüfen 	<p>auf 40 Stunden begrenzen ohne Ausnahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Arbeitszeit vollständig erfassen, Überstunden vergüten oder durch Freizeit ausgleichen • Rechtsanspruch auf vorübergehende Arbeitszeitreduzierung mit Rückkehrrecht in Vollzeit 	<p>Stunden (mit Ankündigungsfrist und Ablehnungsmöglichkeit bei dringenden betrieblichen Gründen)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Rückkehrrecht auf den früheren Stundenumfang nach Nutzung des Rechtsanspruchs auf (=Rückkehrrecht in Vollzeit) 	<p>Sicherheitsrelevante Bereiche)</p> <ul style="list-style-type: none"> • 48 Stunden wöchentliche Arbeitszeit (entsprechend EU-Richtlinie) • Langzeitkonten fördern und Übertragbarkeit erleichtern 	
Aussagen zu anderen Formen flexiblen Arbeitens (ULA-Position: ULA für mehr Spielräume bei räumlich flexiblem Arbeiten, Vorrang für betriebliche Vereinbarungen)	• Keine Aussagen (nicht zu Fragen wie mobiles Arbeiten, Home-Office etc.)	<ul style="list-style-type: none"> • Wahlmöglichkeiten bei (Arbeitszeit) und Arbeitsort, solange dem betrieblichen Belange nicht entgegenstehen 	<ul style="list-style-type: none"> • Schaffung eines Rechtsanspruchs auf mobiles Arbeiten und Home-Office schaffen, aber nur freiwillig und mit tarifvertraglichem Schutz 	<ul style="list-style-type: none"> • Recht auf Home-Office, sofern keine wichtigen betrieblichen Gründe entgegenstehen 	<ul style="list-style-type: none"> • Mobiles Arbeiten fördern durch Beseitigung faktischer Hürden in Form von veralteten Regelungen (z.B. Arbeitsstättenverordnung) • Öffentlicher Dienst als Vorreiter für aktive Förderung von Homeoffice 	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Aussagen
Aussagen zu äußereren Rahmenbedingungen für flexibles Arbeiten (Vereinbarkeit) (ULA-Position: ULA für mehr Investitionen in Kinderbetreuung (quantitativer und qualitativer Ausbau)	<ul style="list-style-type: none"> • Betreuung soll überall dort, wo sie von den Eltern gewünscht wird, verfügbar sein (Wahlfreiheit) • Rechtsanspruch auf Betreuung im 	<ul style="list-style-type: none"> • Besseres Angebot an Krippen, Kitas, Kindertagespflege, Horten und Ganztagschulen (Ziel. Flächendeckende Ganztagesbetreuung 	<ul style="list-style-type: none"> • Aufbau eines hochwertigen, bedarfsdeckenden, kostenlosen Angebots für Ganztagesbetreuung mit flexiblen Öffnungszeiten 	<ul style="list-style-type: none"> • Mehr Zeitsouveränität für bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie • Mehr Mitspracherecht über den Umfang, die Lage und den Ort 	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung flexibler Angebote zur Kinderbetreuung, auch in Betrieben • Bessere steuerliche Berücksichtigung von Leistungen im Haushalt (Pflege, Betreuung) 	<ul style="list-style-type: none"> • Freie Entscheidung zwischen Berufstätigkeit und Kinderbetreuung insbesondere für Kinder unter drei Jahren. Elterliche Betreuung

Vergleich der Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2017: Arbeit (Mitbestimmung, flexibles Arbeiten, Vereinbarkeit von Beruf und Familie)

	CDU/CSU	SPD	DIE LINKE	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	AfD
	Grundschulalter geplant	zusammen mit den Ländern). <ul style="list-style-type: none"> • Abschaffung Kita-Gebühren • Vgl. Aussagen zu Arbeitszeit (familienfreundliche Arbeitsmodelle im Rahmen einer Wahlarbeitszeit) 	<ul style="list-style-type: none"> • Kündigungsschutz für Eltern bis zum sechsten Lebensjahr des Kindes 	<ul style="list-style-type: none"> ihrer Arbeit (unbezahlte Mehrarbeit, Verschwimmen der Grenzen von Arbeit und Freizeit verhindern) • Betriebsvereinbarungen zu Vereinbarkeitsfragen ermöglichen • Dreimonatige Pflegezeit Plus mit Lohnersatzleistung. 	<ul style="list-style-type: none"> • Zeit- und ortsunabhängiges Arbeiten im Sinne der Vereinbarkeit erleichtern; vgl. auch „andere Formen flexiblen Arbeitens“ • 	gleichberechtigt fördern
Aussagen zu Arbeitnehmerüberlassung, Befristungen, Werkverträgen (ULA-Position: Instrumente im Sinne einer Flexibilitätsreserve für Unternehmen erhalten, Missbrauch vermeiden)	<ul style="list-style-type: none"> • Offenkundigen Missbrauch bei Befristungen abstellen 	<ul style="list-style-type: none"> • Sachgrundlose Befristung abschaffen. • Missbrauch von Werkverträgen bekämpfen • Mehr Mitbestimmung der Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Befristungsmöglichkeiten auf wenige Sachgründe beschränken • Missbrauch von Minijobs und Werkverträgen verhindern • Leiharbeit abschaffen 	<ul style="list-style-type: none"> • Sachgrundlose Befristungen abschaffen • Equal Pay für Leiharbeitnehmer zuzüglich einer Flexibilitätsprämie 	<ul style="list-style-type: none"> • Flexiblem Arbeitsmarkt verteidigen und die Tarifautonomie etwa die Zeitarbeit oder Befristungen nicht weiter einschränken 	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Aussagen
Aussagen zum Arbeitnehmerdatenschutz (ULA-Position: Öffnungsklausel in EU-VO für nationales Gesetz nutzen)	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Aussagen 	<ul style="list-style-type: none"> • Beschäftigtendatenschutzgesetz schaffen 	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Aussagen 	<ul style="list-style-type: none"> • wirksamen Beschäftigtendatenschutz sicherstellen 	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Aussagen 	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Aussagen
Aussagen zum Arbeitsschutz, sonstigen Themen	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Aussagen 	<ul style="list-style-type: none"> • „Klarstellung des Rechts auf Nicht-Erreichbarkeit“ 	<ul style="list-style-type: none"> • Schaffung einer Antistress-Verordnung, 	<ul style="list-style-type: none"> • Arbeitsschutz stärken, damit er wirksam vor Stress, 	<ul style="list-style-type: none"> • Arbeitsschutz für Home-Office entbürokratisieren 	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Aussagen

Vergleich der Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2017: Arbeit (Mitbestimmung, flexibles Arbeiten, Vereinbarkeit von Beruf und Familie)

	CDU/CSU	SPD	DIE LINKE	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	AfD
(ULA-Position: bestehende Instrumente wie Gefährdungsbeurteilun g wirksam nutzen, Vorrang für betriebliche Regelungen vor neuen Instrumenten wie eine Anti-Stress- Verordnung)		<ul style="list-style-type: none"> • Arbeitsschutzrecht um verbindliche Regelungen zur Verringerung psychischer Belastungen erweitern 	<ul style="list-style-type: none"> individuelles Veto-Recht gegen Überlastung. • Psychische Belastungen wirksam begegnen: Gefährdungsbeurteilungen schärfert durchsetzen, Mängel sanktionieren 	Burnout, Mobbing und Entgrenzung der Arbeit schützt		